

An alle Hochschulen
in Deutschland, Österreich und der Schweiz

27. Oktober 2023

(Sie können diesen Brief [über diesen Link](#) unterzeichnen)

Offener Brief
des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit
e.V. an alle Hochschulen
in Deutschland, Österreich und der Schweiz

**Ist eine „Dekolonisierung“
von Wissenschaft und Forschung erforderlich?**

Die monströse Dimension des Judenmordes durch die Hamas scheint auf eine unüberbrückbare Kluft zwischen Zivilisation und Barbarei zu verweisen. Tatsächlich jedoch stoßen die Täter vielfach auf Verständnis, teils sogar auf Unterstützung in der westlichen Welt – nicht zuletzt an den Universitäten. Bereits die antisemitischen Darstellungen auf der Documenta 2022 folgten der einflussreichen Denkrichtung des Postkolonialismus, der seit geraumer Zeit als hegemoniale Strategie in der Kritik steht¹; regelmäßig gehen postkoloniale Positionen auch mit Relativierungen der Shoah einher.

Die Wissenschaftspolitik des Postkolonialismus beruht auf der Annahme des postmodernen Literaturtheoretikers Edward Said, dass Europäer aufgrund ihrer Herkunft nicht in der Lage seien, adäquat über den „Orient“ zu sprechen. Mit der Zuweisung von identitär definierten und moralisch markierten Rollen werden vereinfachte Dichotomien von *Unterdrückung vs. Widerstand*, *Privilegien vs. Diskriminierung* konstruiert.

Ein Ergebnis solcher Wissenschaftspolitik sind ihrerseits Diskriminierungen bis hin zu einem Sprechverbot auf Grund der Hautfarbe des Referenten². Die Auffassung, Personen bestimmter Hautfarbe und Herkunft *dürften* sich zu bestimmten Themen nicht äußern, ist mit der Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz unvereinbar. Die Auffassung, sie *könnten* sich nicht fachkundig äußern, stellt den für die Wissenschaft grundlegenden Grundsatz der Intersubjektivität zur Disposition. Zwar können die eigene Körperlichkeit, Herkunft und Lebensgeschichte wissenschaftlich bedeutsame Einsichten in spezifische Lebenslagen eröffnen. Hieraus leiten sich für die Angehörigen gleichwelcher sozialen Gruppen aber keine Ansprüche auf wissenschaftliche Monopole oder auf unbestreitbare Interpretationen dieser Lebenslagen ab.

¹ Siehe z.B. *Le « décolonialisme », une stratégie hégémonique: l'appel de 80 intellectuels*, 2018.

² Siehe den Fall Helmut Bley (Hannover 2023): <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/dokumentation/>.

Mit Sorge sehen wir, dass sich in der öffentlichen, aber auch in der akademischen Auseinandersetzung eine Strategie etabliert, die wenig auf fachwissenschaftlich nachvollziehbare Beobachtung und plausible Erklärungen zur Erfassung und Deutung menschlicher Erfahrungswelt setzt. Stattdessen steht der Verweis auf „Narrative“ und „Machtverhältnisse“ hoch im Kurs, die die akademischen und öffentlichen Debatten vermeintlich prägen. Diese oft vereinfachenden Denkmuster von postmodern geprägter Wissenschaft und postmodernem Aktivismus sind einer ergebnisoffenen, Rationalität, Intersubjektivität und Objektivität anstrebenden Forschung und Lehre selten zuträglich. Zu häufig äußern sich die Denkmuster nicht nur in einer Immunisierung gegen externe Kritik an der eigenen Forschung, sondern auch in einer Bereitschaft, kritische wissenschaftliche Stimmen vom Diskurs auszuschließen („keine Plattform geben“). Als postmoderne Richtung aktivistischer Wissenschaft³ hat der Postkolonialismus erheblichen Anteil an der Diskreditierung und Erosion fundamentaler Prinzipien der Wissenschaftlichkeit und der Wissenschaftsfreiheit.

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit ruft daher zur kritischen Debatte darüber auf, in welchem Umfang postmoderne Ansätze – insbesondere der Postkolonialismus – als faktisches Standardparadigma an deutschsprachigen Universitäten, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen etabliert werden dürfen und sollen. Unserer Beobachtung nach wird diese Debatte derzeit zu wenig geführt. Kritische Stimmen werden entweder ignoriert oder mit reflexhaften Standardvokabeln abgetan.

Im Namen des Postkolonialismus und anderer postmoderner Deutungsmuster werden vielenorts Curricula durchforstet und Wissensbestände „dekolonisiert“. Das offene Gespräch über den Erkenntnisfortschritt in den Wissenschaften – mit seinen Sackgassen und Irrungen – aber auch Werke der Literatur, Bildenden Kunst und der Musik drohen dabei dem kritischen und intellektuell produktiven Diskurs entzogen zu werden.

Inzwischen wird nicht nur im angelsächsischen Raum der Anspruch erhoben, die Universitäten auf einen politisch einseitigen Satz von macht- und gesellschaftskritischen Grundpositionen zuzurichten. Eine solche Entwicklung wäre ein Affront gegen fundamentale Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit. Unserer Überzeugung nach dürfen sich Universitäten, Institute und Curricula nicht auf postkoloniale – und damit auf über das Bekenntnis zur Verfassung hinausgehende – politische Positionen verpflichten lassen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an die durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantierte „Freiheit, die persönlichen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen nicht zu offenbaren“ (Artikel 9). Bereits heute sehen sich Studierende in manchen Kursen einem unstatthaften politischen Konformitätsdruck

³ Helen Pluckrose und James Lindsay: *Cynical Theories: How Activist Scholarship Made Everything about Race, Gender, and Identity—and Why This Harms Everybody*. Durham, NC: Pitchstone Publishing 2020. *Cynical Theories / Zynische Theorien* von Pluckrose und Lindsay, 2020. Deutsche Übers.: *Zynische Theorien. Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt*. München: C.H. Beck 2022.

ausgesetzt, wie uns aus zahlreichen Beschwerden bekannt ist. Zwar werden aus guten Gründen bei akademischen Stellenausschreibungen im deutschsprachigen Raum noch keine „diversity statements“ als Konformitätsbekundung verlangt. Der informelle Druck steigt jedoch.

Wir wenden uns selbstverständlich *nicht* dagegen, dass postkoloniales und anderes postmodernes Gedankengut an unseren Universitäten vertreten wird. Es muss aber jederzeit kritisch diskutiert werden können. Wir wenden uns jedoch entschieden gegen eine Form der „Dekolonisierung“, die den Postkolonialismus faktisch als universitäres Leitbild zu etablieren sucht. Dies droht nicht nur in den Geistes- und Sozialwissenschaften, wo sich zahlreiche internationale Fachverbände bereits „dekoloniale“ Vorgaben auferlegt haben, sondern neuerdings auch in den Naturwissenschaften.

In Sorge um die verfassungsmäßig garantierte Freiheit von Wissenschaft und Forschung *als individuelles Grundrecht aller wissenschaftlich tätigen Personen* und im Sinne des für die Lehre fundamentalen Indoktrinationsverbots bitten wir die Selbstverwaltungsorgane und Leitungen der Hochschulen sowie alle dort Lehrenden nachdrücklich,

- bezüglich Bestrebungen in Richtung auf eine „Dekolonisierung“ von Forschung und Lehre zurückhaltend zu sein und ggf. auf die Rücknahme einseitiger Maßnahmen oder Festlegungen hinzuwirken;
- kritisch zu überprüfen, ob verpflichtende Lehrveranstaltungen oder ganze Curricula (i) politische Positionierungen im Sinne des Postkolonialismus implizit oder explizit voraussetzen, (ii) ein Bekenntnis bzw. die Akzeptanz von „postkolonialem Wissen“ als Lernziele definieren, (iii) dies für andere politische Positionierungen zutrifft, die den Wertekanon des Grundgesetzes überschreiten;
- in Erfahrung zu bringen, ob Studierende ausreichende Möglichkeiten sehen, sich an unabhängige Beschwerdestellen bei Fällen von Indoktrination und Einschüchterung in der Lehre zu wenden;
- Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit auch dann entgegenzutreten, wenn diese als Korrektur kolonialen Unrechts firmieren.

Ist eine „Dekolonisierung“ von Wissenschaft und Forschung erforderlich? Angesichts einer Vielzahl problematischer Entwicklungen tut eine ideologisch unvoreingenommene Debatte not. Zu dieser Debatte möchten wir aufrufen.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Brief [über diesen Link](#) unterstützen.

Der Vorstand des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit